

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend. Vierteljährlicher Abonnementspreis durch die Post bezogen und abholen vom Postamt 0,65 Mk.; bei freier Bestellung durch den Briefträger ins Haus 18 Pf. mehr. Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine**  
(Griech-Dumder).  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanz. 45 Pf., Familienanz. 15 Pf.  
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.  
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 23.

Berlin, Sonnabend, 21. März 1908.

Dreizigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis.

Jahresbericht des Vertreters am Reichs-Versicherungsamt für 1907. — Die Lage der Eisenbahnen vor dem preussischen Abgeordnetenhaus. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Zeil. — Verbands-Zeil. — Anzeigen-Zeil.

### □ Jahresbericht des Vertreters am Reichs-Versicherungsamt für 1907.

Die Vertretung der Gewerksvereinsmitglieder am Reichs-Versicherungsamt und die gesamten Aufgaben, die dem dafür geschaffenen Hauptarbeitersekretariat obliegen, erscheinen eine wachsende Arbeit. Das hängt aufs engste zusammen mit dem Wachstum der Gewerksvereinsbewegung und mit der sich ausbreitenden Kenntnis von dem Vorhandensein der Einrichtung. Will man die Aufgaben, die heute zu erledigen sind, einteilen, so ergibt sich nachstehendes Schema. Aufgaben sind:

1. Vertretung am Reichs-Versicherungsamt einschließlich Vorbereitung der Refusur und Revisionen;
2. Auskunfterteilung über einfache Rechtsfragen, besonders aus der Arbeiterversicherung am Kollegen aus dem Lande auf schriftlichem Wege;
3. Wahrnehmung der Funktionen eines Arbeitersekretariats für Berlin, solange dort eine Einrichtung dieser Art noch nicht besteht;
4. Aufklärung besonders über Arbeiterversicherungsangelegenheiten in der Presse.

Es gingen im Jahre 1907 insgesamt 214 Rechtsfragen ein, die Anlegung einer besonderen Akte erheischten. Seit Bestehen des Bureaus waren die Ziffern wie nachstehend:

1904 ab 1. Juli	70
1905	155
1906	196
1907	214

Summa 635 Fälle.

Auf die einzelnen Monate des Jahres 1907 verteilt, ergeben sich folgende Ziffern: Januar 21, Februar 17, März 12, April 16, Mai 15, Juni 10, Juli 19, August 6, September 31, Oktober 25, November 22, Dezember 20.

Zur Erledigung gelangten im Berichtsjahre Fälle aus:

1905 und früher	5
1906	47
1907	153

Summa 205

Un erledigt waren am 31. Dezember 1907 noch 61 Fälle. Aus dem letzten Halbjahr 1. Juli bis 31. Dezember war es möglich, die Berufsangehörigen bezw. Versicherungsanstalten festzustellen, die in Frage kamen. Auf dem Gebiete der Unfallversicherung waren es:

Stadtgemeinde Berlin, Fuhrwerks-V.G., Hirsch-Nassauische Baugewerks-V.G., Magdeburgische Baugewerks-V.G., Musikinstrumenten-V.G., Nahrungsmittel-V.G., Nordöstliche Baugewerks-V.G., Norddeutsche Binnenhandels-V.G., Südwestdeutsche Eisen-V.G., Süddeutsche Eisen- und Stahl-V.G., Süddeutsche Textil-V.G., Schlesische Textil-V.G., Straßenbahn-V.G., je 1mal;  
Brauerei- und Mälzerei-V.G., Lagerei-V.G., Rhein-Westf. Baugewerks-V.G., Steinbruchs-V.G., je 2mal;  
Gas- und Wasserwerke-V.G., Glas-V.G., je 3mal;

Lederindustrie-V.G., Norddeutsche Metall-V.G., Schlesische Eisen- und Stahl-V.G., Ziegelei-V.G., je 4mal;

V.G. der chemischen Industrie, Rappachts-V.G., je 5mal;

V.G. der Feinmechanik, Nordwestliche Eisen- und Stahl-V.G., je 6mal;  
Maschinenbau- und Kleinisen-V.G., Nordöstliche Eisen- und Stahl-V.G., je 8mal;  
Norddeutsche Holz-V.G. 9mal;  
Rhein-Westf. Hütten- und Walzwerks-V.G. 16mal.  
Summa 106 Fälle.

Bei der Invalidenversicherung handelte es sich um die Landes-Versicherungsanstalten Berlin, Sachsen, Rheinprovinz, Ostpreußen, Niederbayern, je 1mal;

Landes-Versicherungsanstalt Westfalen 2mal;  
Landes-Versicherungsanstalt Brandenburg 3mal;  
Landes-Versicherungsanstalt Schlesien 5mal.  
Summa 15 Fälle

und eine Privatklage, zusammen 122 Fälle.

Das Endergebnis wurde bekannt in 192 Fällen, bei denen es sich mit wenigen Ausnahmen um Sachen handelt, die vor dem Reichs-Versicherungsamt vertreten wurden.

Es wurden beendet:  
111 Fälle ohne Erfolg,  
32 Fälle mit Teilerfolg,  
49 Fälle mit vollem Erfolg.  
Summa 192 Fälle.

Mit einem nachweisbaren Erfolge endeten also 40,9 pCt. aller behandelten Fälle.

Im zweiten Halbjahr wurde der Versuch gemacht, die erzielten Erfolge zahlenmäßig in Geldbeträgen zu erfassen. Es geschah das, indem berechnet wurde, welcher Rentenmehrtrag innerhalb zwölf Monate gezahlt wurde. Es wurde im zweiten Halbjahre von 90 Fällen 49 ohne Erfolg, 22 mit Teilerfolg und 19 mit vollem Erfolg für den Verletzten beendet. Die beiden letzteren Siffern ergaben einen jährlichen Mehrertrag an Rente von 4418,75 Mk. Man darf bemerken annehmen, daß die Vertretung am Reichs-Versicherungsamt den Mitgliedern im abgelaufenen Jahre auf 12 Monate nur berechnet, 10 000 Mk. eingebracht hat.

Im zweiten Halbjahr wurde in 13 Fällen die Uebernahme einer Vertretung von vornherein abgelehnt, wegen offener Aussichtlosigkeit des Rechtsmittels.

Obst müssen bei Refusur und Revisionen von uns auch die bezüglichen Schriftsätze angefertigt werden, und zwar fast stets da, wo nicht Arbeitersekretariate am Orte sind, die selbst die Schriftsätze machen. Grundräßig sind wir zwar der Meinung, diese Schriftsätze sollten entworfen werden von Leuten, die den Verletzten persönlich gesprochen haben und seine Sache aus eigener Anschauung kennen. Lediglich auf Grund des Altentudiums solche Eingaben zu machen, ist nicht nur schwierig, sondern im Hintergrunde schlummert auch stets die Gefahr der rein bürokratischen Beurteilung, die für die Verletzten stets ungünstig ist. Die wertvollsten Beweisgründe, die man verwenden kann, stammen fast stets vom Verletzten selbst oder den Leuten, die ihn kennen. Wir drängen deshalb auf die Anfertigung der Schriftsätze am Ort, wenn nur eben Kollegen dort sind, die genügende Geschicklichkeit darin haben. Im Berichtsjahre wurden von uns 175 Schriftsätze angefertigt, die fast ausnahmslos in drei Exemplaren hergestellt wurden.

Die mündliche und schriftliche Auskunfterteilung ist das Hauptgebiet, das uns zur Verarbeitung obliegt. Die Kollegen wenden sich mit Fragen der verschiedensten Art an uns, wobei natürlich die Arbeiterversicherung die Hauptrolle spielt. Vom 1. Juli des Berichtsjahrs ab haben wir ein allgemeines Schema eingeführt für die Föhrung der Statistik über die Auskunfterteilung. Dies Schema gilt für alle unsere Arbeitersekretariate, Rechtsauskunftsstellen und Auskunftsbureaus und wird von den meisten derselben auch bereits benutzt. Auf diese spezialisierte Buchhaltungsmethode ist es teilweise zurückzuführen, daß die Ziffer der erteilten Auskünfte im zweiten Halbjahr erheblich höher war als im ersten. Als zweiter Grund

dazu kommt ein regerer Verkehr mit dem Sekretariat etc., der mit der Ausdehnung desselben natürlich verbunden ist.

Es wurden im ganzen Jahre 1907 erteilt:  
Mündliche Auskünfte . . . 355  
Schriftliche . . . 1009  
Summa . . . 1364

Von den 1085 Auskünften des zweiten Halbjahrs entfallen auf den Bezirk Groß-Berlin:  
Mündliche Auskünfte . . . 250  
Schriftliche . . . 233  
Summa . . . 483 = 44,5 %

Von 1085 Auskunftsbeghernden im zweiten Halbjahr waren:

männlich 1016, organisiert 987,  
weiblich 69, unorganisiert 98.

Von den Organisierten waren:  
im Gewerksverein . . . 969  
in sozialdemokr. Gewerkschaft . . . 4  
in christlicher Gewerkschaft . . . 3  
in anderen Verbänden . . . 11

Die erteilten Auskünfte betrafen 545 Unfallversicherung, 67 Invalidenversicherung, 28 Krankenversicherung, 12 Knappschaftskassen, 42 Arbeits- und Dienstvertrag, 50 bürgerliches Recht, 6 Strafrecht, 45 Gemeinde- und Staatsangelegenheiten. Der Rest verteilt sich auf allgemeine Fragen. Eine Uebersicht im einzelnen bieten nachstehende Tabellen, die zugleich auch einen Ueberblick über das eingeföhrte Buchungsjournal gestatten. Es wurden Auskünfte erteilt im ersten Halbjahr:

Monat	Gesamtzahl	mündlich	schriftlich	Schriftsätze
Januar . . .	51	20	31	21
Februar . . .	32	13	19	11
März . . .	31	14	17	6
April . . .	54	14	40	17
Mai . . .	41	15	26	13
Juni . . .	70	29	41	13

Die Tabelle des zweiten Halbjahrs zeigt umstehendes Bild.

In denselben Bahnen bewegt sich auch der Verkehr mit der Post. Eine Statistik darüber existiert erst seit dem 1. Juli 1907.

Es gingen ein:  
679 Briefe  
131 Postkarten  
Summa 810

Es gingen aus:  
858 Briefe  
185 Postkarten  
Summa 1043

d. h. pro Arbeitstag 5,4 Eingänge,  
6,9 Ausgänge.

Die Erledigung muß fast ausnahmslos auf dem teureren Wege des handschriftlichen Verfahrens erfolgen.

Es sei noch darauf hingewiesen, daß wir im Berichtsjahre Eintragsbücher zur Statistik über Auskunfterteilung anfertigen ließen und sie den Sekretariaten gegen Erstattung der Selbstkosten zur Verfügung stellten. Das geschah vor allen Dingen, um alljährlich eine zuverlässige Zusammenstellung machen zu können über das, was die Gewerksvereine auf dem Gebiete der Auskunfterteilung leisten. Um den Leitern der Arbeitersekretariate, Rechtsauskunftsstellen etc. ihre Arbeit zu erleichtern, ließen wir Formulare zur Verfolgung- und Refusurschriften herstellen, ebenso Personalienfragebogen, die jeder Akte vorgeheftet sein sollen, damit man allzeit einen Ueberblick über die Personalien des Verletzten zur Hand hat. Sämtliche Sachen geben wir zum Selbstkostenpreise ab.



# Werbt Abonnenten für den „Gewerkverein“!

wiesen. Mit den Jahren aber habe ihn die Entwicklung seiner sittlichen Anschauungen zur prinzipiellen Beurteilung des Zweikampfes geführt. Er müsse daher unter Ablehnung der Forderung seinen Gegner auf den geselligen Weg der Sühne verweisen.

Für diese wahrhaft vornehme Art der Zurückweisung rächte sich Herr v. Stumm neun Jahre später dadurch, daß er in einer persönlichen Bemerkung, hervorgerufen durch die Kritik Dr. Hirschs an dem Helmsattelkonsens in der Stummischen Arbeitsordnung, erklärte, er könne sich von Dr. Hirsch nicht beleidigt fühlen.

Jeder vorurteilsfreie Mann mußte sich in diesem Konflikt auf die Seite unseres Anwalts stellen, der ja überhaupt zu hoch stand, um von einem Stumm herabgewürdigt werden zu können.

Die Lage im Baugewerbe ist zurzeit noch ungeläutert. Am 31. d. Mts. läuft in etwa 120 Städten der geltende Tarifvertrag ab. Der Deutsche Arbeiterbund für das Baugewerbe hat nun bekanntlich einen Mustervertrag aufgestellt, der mit örtlichen Zusätzen den Arbeitern vorgelegt werden soll. Jede Arbeitszeitverlängerung wird darin abgelehnt, worin der Hauptdifferenzpunkt erblickt werden darf. An verschiedenen Orten haben bereits Verhandlungen stattgefunden. Ein endgültiges Urteil über den Ausgang im allgemeinen läßt sich noch nicht abgeben. Im Baugewerbe von Groß-Berlin hatte sich die Situation dadurch verschärft, daß auf einzelnen Bauten die Arbeit eingestellt wurde, weil in dem neuen Vertrage nicht allein jede Verlängerung der Arbeitszeit abgelehnt, sondern auch eine Herabsetzung der Löhne vorgesehen war. Trotz alledem ist noch nicht alle Aussicht auf eine friedliche Beilegung des Kampfes verschwunden, da die in Betracht kommenden Arbeitnehmerorganisationen dem Verbands der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten den Vorschlag gemacht haben, mit ihnen in Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Tarifvertrages zu verhandeln. Von der Stellungnahme der Unternehmer wird es lediglich abhängen, ob es zu ersten Konsultationen kommt. Allzu groß ist leider unsere Hoffnung nicht, daß das Frühjahr ohne umfangreiche Kämpfe im Baugewerbe vorübergehen wird.

Die Kompromißverhandlungen über das Reichsvereinsgesetz sind nun doch zum Abschluß gelangt. Ueber den viel umstrittenen § 7 ist es zu einer Einigung gekommen, die über das Ziel weit hinausgeht, das sich die Liberalen bei ihrem Entgegenkommen gesteckt hatten. In seiner jetzigen Fassung belagt der § 7, daß die Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen in deutscher Sprache zu führen sind. Auf internationalen Kongressen sowie auf Wahlversammlungen soll diese Vorschrift keine Anwendung finden. Im übrigen wird die Zulässigkeit weiterer Ausnahmen der Landesgesetzgebung überlassen. Jedoch soll in Landesstellen, in denen zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes alteingesessene Bevölkerungsteile nichtdeutscher Muttersprache vorhanden sind, sofern diese Bevölkerungsanteile nach der letzten Volkszählung 60 pSt. der Gesamtbevölkerung übersteigen, während der ersten 20 Jahre nach dem Inkrafttreten des Gesetzes der Mißbrauch der nichtdeutschen Sprache gestattet sein, wenn 72 Stunden vor Beginn der Versammlung der Polizeibehörde Anzeige erstattet ist, daß und in welcher nichtdeutschen Sprache verhandelt werden soll.

Ein Reichsvereinsgesetz mit derartigen Ausnahmbestimmungen hätte unseren Beifall überhaupt nicht gefunden trotz unverkennbarer Vorzüge, die der Entwurf sonst mit sich brachte. Einen der wesentlichsten Vorteile bildete die Beseitigung der Altersgrenze für den Besuch von öffentlichen Versammlungen. Wir haben oftmals die Erfahrung machen müssen, daß jugendliche Mitglieder aus unseren Versammlungen gemieden worden sind oder daß Versammlungsleiter bestraft wurden, weil Verhüllungen, die unsere Mitglieder waren, in den Versammlungen anwesend blieben. Die Beseitigung dieses Mißstandes lag uns in erster Linie am Herzen. Nun haben die Konservativen gerade bei diesem Punkte neue Schwierigkeiten gemacht und eine untere Altersgrenze von 18 Jahren gewünscht.

Zu unserem großen Bedauern haben die liberalen Kommissionsmitglieder, trotz der großen Opfer, die sie bereits für das Reichsvereinsgesetz gebracht haben, auch zu dieser Verschlechterung des Entwurfs ihre Zustimmung erteilt. Für diese Nachgiebigkeit fehlt uns denn doch das Verständnis, und wir erklären, sicher im Sinne der gesamten organisierten Arbeiterschaft, daß damit unser Interesse an dem Zustandekommen des Reichsvereinsgesetzes geschwunden ist.

Gegen die Arbeitskammern hat sich im Laufe der letzten Wochen eine ganze Reihe von Unternehmerverbänden ausgesprochen. Man fürchtet dort offenbar,

daß das Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern dem Scharfmacherdespotismus den Todesstoß versetzen könnte. Weniger verständlich erscheint es, daß auch manche Handelskammern gegen die paritätischen Arbeitskammern sich ausgesprochen haben, wie dieser Tage die Handelskammer in Barmen, die beschränkt, daß eine Förderung des sozialen Friedens dadurch nicht zu erwarten sei, da wahrscheinlich auf beiden Seiten die extremsten Vertreter hineingewählt werden würden und auch die Arbeiter in ihnen ihre Wünsche nicht so offen und frei würden zum Ausdruck bringen, als wie dies in einer reinen Arbeiterkammer der Fall wäre. Demgegenüber erklärt die Kölner Handelskammer, daß das Verlangen nach Bildung von Arbeitskammern durchaus berechtigt sei. Wenn sie auch bezweifelt, daß der beabsichtigte Zweck erreicht wird, so will sie doch der paritätischen Gestaltung der Arbeitskammern nicht widersprechen, wenn auf beiden Seiten Neigung für solche Kammern vorhanden ist. Dann allerdings wird verlangt, daß statt der im Entwurf vorgesehenen sachlichen Gliederung im Anschluß an die Berufsgenossenschaften die örtliche Gliederung tritt und an Stelle des indirekten Wahlrechts das direkte nach den Grundrädern der Verhältniswahl eingeführt wird. Es wäre wirklich zu wünschen, daß solche vernünftigen Anschauungen öfter zur Geltung gebracht würden.

**Wahlen.** Bei den Stadtverordnetenwahlen in Duedlinburg erzielte der Verbandsgenosse Möhring vom Ortsverein der Maschinenbauer die höchste Zahl der abgegebenen Stimmen, nämlich 333. Er gelangt mit einem Mittelstandsparteiler, der 225 Stimmen auf sich vereinigte, in die Stichwahl. Es ist das erste Mal, daß ein Gewerkschaftler in Duedlinburg als Kandidat aufgestellt worden ist. Hoffen wir, daß er aus der Stichwahl endgültig als Sieger hervorgeht.

**Arbeiterbewegung.** Der Kampf auf den Howaldtswerken in Piel dauert noch fort. Die Unternehmer haben beschlossen, falls bis Ende März der Frieden nicht wieder hergestellt ist, 60 Prozent der Arbeiter aller dem Verbands der deutschen Eisen- und Metallindustriellen angeschlossenen deutschen Schiffswerften zu entlassen. — Bei der Firma Zimmermann & Janßen in Düren haben die Forner wegen fortwährender Tarifdifferenzen die Arbeit niedergelegt. — Zu einem Streik der Walzwerksarbeiter ist es auf den vereinigten Stahlwerken der Gebrüder van der Hyphen in Köln gekommen. Nachdem man schon reizmäßig des Montags die Tageslohnliste hatte ausfallen lassen, wurde jetzt den Arbeitern auch noch ein 15prozentiger Lohnabzug zugemutet. Da sowohl die Dividende der Firma als auch der Reingewinn im Laufe der letzten Jahre sich ganz wesentlich erhöht haben, wollten sich die Arbeiter eine solche Verschlechterung ihrer Lage nicht gefallen lassen und stellten die Arbeit ein. Die Verhandlungen mit der Betriebsleitung hatten keinen Erfolg, da der Kommission der Arbeiter einfach erklärt wurde, daß man sich auf nichts einlassen werde. Wer zu den niedrigeren Löhnen nicht arbeiten wolle, könne gehen. — Die Maßschneider in Berlin befinden sich in einer Bewegung, um den im vorigen Frühjahr mit dem Arbeitgeberverband abgeschlossenen Tarifvertrag allgemein zur Durchführung zu bringen. — Bei der Firma Kippersbusch in Eisenkirch sind weitere 600 Arbeiter in den Streik getreten. — In Frankfurt a. Main droht ein Kampf in der Holzindustrie. Zwischen den Arbeitern und den Unternehmern sind Tarifdifferenzen ausgebrochen, da die Arbeiter die ihnen zugemuteten Tarifverschlechterungen mit höheren Lohnforderungen beantworteten. Sollte es nicht noch zur Einigung kommen, so dürften am 1. April über 1500 Arbeiter ausgesperrt werden. — In der Walzfabrik von Hüttmann in Würzburg sind Differenzen ausgebrochen, die zur Entlassung der Arbeiter führten. — Unsere Konz in der vorigen Nummer, betreffend das Hasper Eisen- und Stahlwerk, bedarf insofern einer Richtigstellung, als die Arbeiter nicht die Kündigung eingereicht haben, sondern nur eine Eingabe, in der um Zurücknahme der Lohnabzüge ersucht wurde. Darauf hat die Direktion erklärt, daß sie sich auf nichts einlasse.

In Olmütz (Mähren) haben die Schriftsetzer in den Streik zu treten beschlossen, wenn ihnen nicht die zum 1. Januar in Aussicht gestellte Lohnerhöhung endlich bewilligt wird. Am letzten Sonnabend wurde von ihnen bereits passive Resistenz angewandt, so daß die Zeitungen erst später erschienen. — Wegen Ablehnung der Forderung auf Gewährung eines wöchentl. Ruhetages in jeder Woche haben 2000 Bäcker in Mailand beschlossen, in den Streik einzutreten. Die Stadtverwaltung hat sich an die

Militärbehörde gemandt, um für den Fall der Not mit ihrer Hilfe das nötige Brot backen zu lassen.

Der Terrorismus wird nicht nur von den sozialdemokratischen Gewerkschaften, sondern auch von der sozialdemokratischen Partei als Kampfmittel angewandt, was bei der engen Zusammengehörigkeit beider auch kein Wunder ist. Das evangelische Wochenblatt „Die Arbeit“ veröffentlicht in Nr. 12 ein vertrauliches Rundschreiben der „Vertrauenspersonen der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands“, in dem es mit bezug auf die Landtagswahlen u. a. heißt:

„... Was aber die öffentliche Stimmenabgabe bei den Landtagswahlen anbelangt, an welcher Regierung und reaktionäre Parteien jahe festhalten und die der wackeligen Freisinn nur sehr schwachen beikämpft, muß uns Frauen zu einer Waffe werden, die wir bei richtigem Gebrauch gegen das der Wahlfürsorgeform feindliche Kleinbürgertum mit Erfolg benutzen können. Sie wird uns dazu dienen, eine scharfe Kontrolle über die Stimmenabgabe der Milchhändler, Krämer, Bäcker, Fleischer, Kohlen-, Holz- und Grünframhändler usw. auszuüben. All die betreffenden Geschäfte existieren meist nur dank der Arbeiterkundschaft. Stimmen ihre Inhaber gegen uns, d. h. nicht für Sozialdemokraten, so beweisen sie damit, daß sie bemüht sind, sich Bourgeoisenschaft zu erobern. ... Nicht nur eine Frau muß bei einem Händler nach seinem politischen Glaubensbekenntnis forschen, sondern eine größere Anzahl Frauen soll es tun, damit dem Wanne bange wird vor den vielen Kunden, die ihm abtrünnig werden könnten. Kurz, sie (die Frauen) müssen auf die betreffenden Kreise einen Terrorismus ausüben, der so stark wie nur möglich ist. Die Tagespresse muß uns dabei zur Seite stehen. In jeder öffentlichen Versammlung muß diesem Terrorismus das Wort geredet werden.“

Ueber die Werwerklichkeit dieser Art von Terrorismus können wir uns getroßt jedes Wort sparen. Für die Notwendigkeit der geheimen Wahl aber kann es keinen besseren Beweis geben.

**Anglaische Zustände** haben zur behördlichen Schließung der Konsumvereinsfleischerei in Cuba in Sachsen geführt, die noch zwei Filialen in Oberwiesau und Platte besaß. Bei einer am 12. März vorgenommenen Untersuchung wurden dort nämlich geradezu ekelerregende Dinge an den Tag gefördert. Unter dem Ladentisch, der von vorn betrachtet einen ganz sauberen Eindruck machte, fanden sich viele vollständig vermoderte und verschimmelte Fleisch- und Wurstaufsätze vor. In dem angrenzenden Niederlageraum, sowie in Schlachthäusern wurden die Fleischvorräte, die Schinken und Würste für vollständig verkauft und verdorben befunden. In einem Eisschrank wurden Fleischstücke entdeckt, die schon ziemlich 1 Jahr dort lagerten und natürlich völlig verkauft waren. Beim Öffnen des Schrankes entdriffen diesem ein so widerwärtiger Geruch, daß einzelnen Mitgliedern der Untersuchungskommission übel wurde. Der Inhalt von drei Pöfelstücken war vollständig ungenießbar. Kurzum fast der gesamte Vorrat war verdorben, für menschlichen Genuß äußerst schädlich und mußte der Fleischzerstörungsanstalt in Tannenberg überwiesen werden.

Man möchte diese Dinge nicht für möglich halten. Ein geradezu gewissenloses Spiel mit Leben und Gesundheit ihrer Abnehmer haben die Leiter dieses Konsumvereins getrieben. Da braucht man sich wirklich nicht zu wundern, wenn die Gegner der Genossenschaftsbewegung auf solche Fälle hinweisen und sie für ihre Zwecke auszunutzen versuchen, was denn auch hier bereits in ausgiebigstem Maße geschehen ist. Gerade diese Einrichtungen müßten so verwaltet werden, daß sie den Privatgeschäften als musterhaftes Vorbild dienen könnten. Wer solche Zustände, wie sie hier in Cuba geherrscht haben, einreißt läßt, der verflüchtigt sich also auch an der Konsumvereins- und Genossenschaftsbewegung, die mit allen Mitteln gefördert werden sollte. Die sozialdemokratische Genossenschaft „Volkstimme“ beschäftigt sich auch mit diesem Fall. Obgleich der Verein unter sozialdemokratischer Leitung steht, vermag sie die Vorurteile natürlich nicht zu verteidigen. Sie entschuldigt sie nur mit der Überlastung und der übermäßig langen Arbeitszeit des Geschäftsführers. Auch dieser Hinweis kann nur schädlich wirken. Gerade die von Arbeitern geschaffenen Einrichtungen sollten in bezug auf Arbeitsverhältnisse den anderen mit gutem Beispiel vorangehen. Daran hapert es aber gerade in den Konsumvereinen.

Die überseeische Auswanderung 1907. Nach Mitteilung des Vierteljahrsheftes zur Statistik des Deutschen Reichs 1908, I find im Jahre 1907 über deutsche Häfen 389 995 Auswanderer befördert worden, und zwar 363 615 Fremde und 26 380 Deutsche. Gegen das Jahr 1906 hat die deutsche Auswanderung,

soweit sie über deutsche Häfen erfolgte, nur ein geringes Wachstum (um 90%) aufzuweisen, wogegen die fremde Auswanderung erheblich zugenommen hat; sie übertrifft die früher höchste im Jahre 1906 um 37 625 Personen. Neben den 26 380 über deutsche Häfen ausgewanderten Deutschen gingen über fremde Häfen 5316; darunter über Antwerpen 3313, über Rotterdam und Amsterdam 1770.

Die Gesamtzahl der deutschen Auswanderer betrug also im Jahre 1907: 31 696 (1906: 31 074). An dieser Gesamtzahl der deutschen Auswanderer sind als Auswanderungsgebiete beteiligt: Posen, Bayern, Brandenburg mit Berlin und Hannover (mit je über 2000), Königreich Sachsen, Rheinland, Westfalen, Württemberg, Westpreußen, Schleswig-Holstein und Baden (mit je über 1000). Ihrem Beruf nach entfallen von den deutschen Auswanderern 10 920 auf die Landwirtschaft, 10 235 auf Bergbau und Industrie, 4046 auf Handel und Verkehrsgewerbe. Das Hauptkontingent der über deutsche Häfen ausgewanderten Fremden stellen Italien (119 352), Ungarn (112 788) und Oesterreich (110 444). Von den deutschen Auswanderern gingen 30 431, von den fremden 346 871 nach den Vereinigten Staaten von Amerika. Die überseeische Einwanderung stellte sich im Jahre 1907 auf 217 812 Personen, darunter 151 084 von Nordamerika, 6059 von Südamerika, 11 222 von Afrika (einschließlich 6996 Mann deutsche Truppen), 796 von Ostasien und 498 von Australien.

### Gewervereins-Teil.

§ Berlin. Der erste volkswirtschaftliche Abend in diesem Winter brachte uns einen hochinteressanten Vortrag des Amtsgeschäftsrats Dr. Hartmann über Strafrechtsreform. Der Vortragende wies auf die geplanten Änderungen des Reichsstrafgesetzbuchs und der Reichsstrafprozessordnung hin, die von einschneidender Bedeutung für die Entwicklung unseres Rechtslebens sind und die Frage wachrufen müssen: Was haben wir von den bevorstehenden Gesetzesvorlagen zu erwarten? Natürlich wird im Volke in erster Linie die Befürchtung gewisser Mißstände gefordert, die in verschiedenen Arten von Klagen zum Ausdruck kommen. Man ist der Meinung, daß die häufig verhängten kurzen Freiheitsstrafen schädlich wirken, daß die Richter dem Leben allzusehr entfremdet sind, daß Klaffenjustiz geübt und endlich daß viel zu oft gestraft wird. In

gewissem Sinne sind diese Klagen berechtigt. Es ist aber kaum anzunehmen, daß sie nach Durchführung der geplanten Strafrechtsreform verschwinden werden. Die Bestrafung im allgemeinen ist zwar in Deutschland immer milder geworden. Noch vor etwa 150 Jahren wurde von Galgen und Folter ausgiebiger Gebrauch gemacht. Eine Wandlung ist erst im 19. Jahrhundert erfolgt. Aber trotzdem wird behauptet werden, daß nirgends soviel gestraft wird als bei uns. In England wird nur der vierte Teil Strafen verhängt, und auch in Amerika geht man viel milder vor. Trotz alledem wird bei uns Klage geführt über die Zunahme der Verbrechen, während in den anderen Ländern eine Abnahme zu verzeichnen ist. Diese Zustände in Deutschland führte der Redner in der Hauptsache darauf zurück, daß das inquisitorische Verfahren die Strafrechtspflege noch allzusehr beherrscht. Auch bei den Schöffengerichten kommt dies zum Ausdruck, wo die Laienrichter aus dem Volke in der Regel vollständig dem Willen des gelehrten Vorsitzenden unterliegen. Die Schwurgerichte sind den Schöffengerichten deshalb auch entschieden vorzuziehen. Redner ist nicht der Meinung, daß diese Mißstände durch die Strafrechtsreform beseitigt werden und wünscht, daß wenigstens diejenigen Einrichtungen aus anderen Ländern, mit denen man dort gute Erfahrungen gemacht hat, bei uns eingeführt werden, wie der weitere Ausbau der bedingten Verurteilung, die unbestimmte Strafzeit, Ausdehnung der Schwurgerichte und die Einführung von Jugendgerichtshöfen. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen und förderte eine interessante Diskussion jutage.

### Verbands-Teil.

An die Ortsverbände und Gewervereinskollegen! Die Leitung der Handelshilfsarbeiter-Bewegung bittet um Kenntnisnahme von folgender Neuerung: Der praktischen Forderung und dem vielseitig gestellten Wunsch, die Agitation für die Handelshilfsarbeiter-Bewegung auf einheitlicher Grundlage zu betreiben, ist nunmehr Rechnung getragen worden. Neues Material, wie Gewervereins-Statuten, Agitationskarten und zum Aushang bestimmte Plakate, ist angefertigt worden. Es wird damit nicht nur die Agitation wesentlich erleichtert, sondern auch die Möglichkeit gegeben, an den verschiedenen Orten, wo die Bildung von Ortsvereinen an besonders schwierigem Orte, Kollegen als Einzelmitglieder aufzunehmen. Besonders aber sei hier nochmals auf die in verschiedenen Städten bestehenden Vereine unserer Berufsangehörigen, die die ersten Angriffspunkte bilden müssen und leicht für uns gewonnen werden können. Alle Anfragen und Mitteilungen richten man an Untergeschrieben; ebenso ist von demselben Agitationsmaterial zu beziehen.  
B. Hilbert, Berlin, Kochstr. 66.

### Verfassungen.

Berlin. Distrikterklub der Deutschen Gewervereine (S.-D.). Verbandsbaus der Deutschen Gewervereine, NO., Greifswalderstr. 221/223. Erscheinen hier erwünscht. Wichtige Besprechung über interne Klubangelegenheiten. — Gewervereins-Liebertafel (S.-D.). Jeden Donnerstag, abends 8—11 Uhr, Lebnungshaus im Verbandsbaus der Deutschen Gewervereine (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. — Distrikterklub Koabit. Am 27. abends 8½ Uhr, Sitzung bei Radau, Ballostraße 53. — Bildhauer. Montag, 23. März, abends 9 Uhr, Bibliothekabend bei Preuß, Dresdenstr. 10.

### Orts- und Regionalverbände.

Berne (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4—5½ Uhr, im Lokale des Herrn Wllh. Schulte-Mattler, Distrikterklub. — Lachen (Distrikterklub). Jeden 2. und 4. Sonnabend im Monat, abends 8½ Uhr, Distrikterabend bei Leugler, Ecke Hanfmannplatz u. Jülicherstraße. — Hamburg (Ortsverband). Jeden Mittwoch, abends 8½ Uhr präz., in Hittmanns Hotel, Poolstraße, Distrikterklub. — Spandau (Distrikterklub der Deutschen Gewervereine, S.-D.). Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, im Vereinslokal zur Palme, Ritterstraße, Sitzung. Gäste willkommen. — Selterschen (Sängerchor der Deutschen Gewervereine). Jeden Sonnabend, abds. 9 Uhr, Probe, im Verkehrslokal Pieper (früher Gerlich), Schaller- und Florastrassen-Ecke. Gäste herzlich willkommen. — (Distrikterklub). Die Sitzungen finden jede Woche Mittwoch, abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Behle, Brückstraße 16, statt. Gäste willkommen. — Dresden (Distrikterklub). Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8½ Uhr im Sandlberäu, Beberstraße 28, statt. Gäste willkommen. — Kienitz (Distrikterklub). Die Sitzungen finden jede Woche Donnerstags, abends 8½ Uhr, im „Rind von Preußen“ statt. Gäste willkommen. — Brandenburg (Distrikterklub). Sitzung jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, vorm. von 10 bis 12 Uhr bei Schmidt, Kurstraße 51. — Pagen u. Aug. (Distrikterklub). Jetzt jeden Donnerstags, abends Punkt 8½ Uhr, Sitzung bei Strohmaner, Kirch- und Bergstrassen-Ecke. — Lachen (Ortsverband). Jeden dritten Sonntag im Monat, vormittags 11 Uhr, Vertreteritzung in Lachen, Jülicherstr. 72, Restaurant „Zur Post“. — Köln (Distrikterklub). Sitzung jeden Donnerstags, abends 9 Uhr, im Restaurant „Water Kolping“, Esterstraße. — Oerschöneweide (Distrikterklub). Nächste Sitzung am Mittwoch, 25. März, bei Steiner, Wilhelmstr. 14, Vortrag des Kollegen Joseph: „Das Invalidenversicherungsgesetz“. — Cottbus (Distrikterklub). Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Koberl, Berlinerstr. 120. — Neckerwände (Ortsverb.). Versammlung am 26. April, nachm. 3 Uhr, in Eggefin beim Gastwirt Radwig. L.-D. dort.

## Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

**Der Gewerkeverein**  
Jahrgang 1907  
auf kleinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsmitglieder und Vereinsbibliotheken  
**5, sonst 7 Mark**  
bei vorheriger Einsendung des Betrages.  
N.B. Frühere Jahrgänge werden zu demselben Preise abgegeben.  
Bestellungen an den Verbandskassierer  
**R. Klein,**  
Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.

**Verbandsbaus der Deutschen Gewerkevereine.**  
Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23.  
**Verbandsmitglied!**  
Allen nach Berlin kommenden Verbandsmitgliedern empfehlen wir unsere neuen und gut eingerichteten Logierräume zur gefälligen Benutzung bei mäßigen Preisen. Meldungen bis Abends 10 Uhr bei m Hauswart Büchner, Quergebäude.  
Das Bureau des Zentralrats.

**Verbandsmitglied**  
kauft  
niemals nach  **8 Uhr abends**  
und sorgt, daß auch die Mitglieder der Familie alle Einkäufe vor 8 Uhr abends machen. Der Verein der Deutschen Kaufleute wird dadurch unterstützt in seinem Streben auf Einführung des Abendschlußes.

**Verband der Deutschen Gewerkevereine**  
(Hirsch-Durcker).  
In unserem Verlage ist erschienen:  
**Weltanschauung**  
und  
**Arbeiterbewegung.**  
Ein Wort der Aufklärung an die deutschen Arbeiter und alle wahren Volkfreunde  
von  
**Karl Goldschmidt,**  
Vorhänger des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.  
Die Schrift fasst die im „Gewerkeverein“ erschienenen Artikel zusammen. Jeder Gewerkevereiner sollte das Büchlein jederzeit zur Hand haben. Für Mitglieder beträgt der Einzelpreis pro Stück 10 Pfg., 10 Exemplare kosten 80 Pfg., 50 Exemplare 3,50 M., 100 Exemplare 6 M., 200 Exemplare 10 M., 500 Exemplare 25,50 M., 1000 Exemplare 45 M. Der Betrag ist bei der Bestellung einzusenden an unseren Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 65, Greifswalderstr. 221/23. Bei Nichteinsendung des Betrages wird derselbe durch Nachnahme erhoben. Die Sendung erfolgt portofrei.

**M.-Glabbach-Rheindt** (Ortsverband). Durchreisende Kollegen jedes Berufes erhalten 50 Pfg. Reiseunterstützung im Gewerkevereinsbureau, Ecke Hirtplatz, und Seitenstr. 1, in nächster Nähe des Bahnhofes. Arbeitsvermittlung, sowie Auskunft in allen anderen Angelegenheiten, werden kostenlos an jedermann erteilt.  
**Leipzig-West** (Ortsverband). Vom 1. Juli ab erhalten durchreisende Gewerkevereinskollegen die Karte für das Ortsverbandsmitglied bei den Vereinskassierern für Abendbrot und Nachtquartier haben dieselben in „Stadt Hannover“, Leipzig, Seeburgstraße, Gültigkeit.  
**Hann** (Ortsverband). Der Arbeitsnachweis befindet sich beim Kassierer, Kollegen Paul Roffig, Althandstr. 9. Durchreisende Mitglieder erhalten 75 Pfg. Reisegeld, zugereiste, arbeitssuchende Mitglieder erhalten eine Karte für Abendessen, Nachtlogis und Frühstück.  
**Posen** (Ortsverb.). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erh. 75 Pfg. Ortsverbandsunterstützung b. ihrem Ortsvereinskassierer. In kein Ortsverein des betreffenden Berufes vorhanden, zählt der Ortsverbandskassierer Otto Hertwig, Friedrichstraße 10.

**Jena** (Ortsverband). Durchreisende erhalten 75 Pfg. Unterstützung bei Carl Möller, Greifgasse 2, Ecke Oberlauenengasse.  
**Essen** (Ruhr). Herberge zur Heimat. Arbeitsnachweis u. Verpflegungskarten im Gewerkevereinsbureau, Post-Allee 16.  
**Geislingen a. St.** (Ortsverb.). Durchreisende Verbandsmitglieder erhalten 50 Pfg. bei A. Sapper, Hauptstraße 48.  
**Hohenmölsen u. Umgegend** (Ortsverband). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten eine Reiseunterstützung von 50 Pfg. bei dem Ortsverbandskassierer Friedrick Rodl, Nordstraße Nr. 10. Karten bei dem Verbandskollegen Klempnermeister Schreier, Lützenstraße.  
**Neufahr** (Ortsverb.). Durchreisende erhalten 50 Pfg. bei Aug. Reimer, Friedrichstraße 36.  
**Jauer** (Ortsverband). Durchreisende erhalten Unterstützung beim Kollegen F. Koberl, Hospitalplatz 6.  
**Treftin** (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Logierkarten im Werte von 1,20 M. beim Kollegen Emil Schmidt, Stettin, Bollwerk 22 im Laden. Die Verbandsherberge befindet sich Eljibachstraße 49 (Zägers Gastwirtschaft).  
**Wagdeburg**. Bauhandwerker 75 Pfg. bei E. Schröter, Eulsenstr. 14.  
**Stralsund** (Ortsverb.). Herb. zur Heimat, Bleichstraße. Karten bei E. Sulow 31, Badenstr. 20.  
**Vaugen**. Durchreisende erp. im Winterhalbjahr 1 Mark und im Sommerhalbjahr vom 1. April bis 1. Oktober 75 Pfg. bei E. Serdt, Wenschergraben 34.  
**Wart** (Ortsverband). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erh. 50 Pfg. Karten sind zu haben bei W. Grabm. Baustr. 85/87. Arbeitsnachweis dabeist.